

bedeutet der Beschluß einen Rückschritt. Nach Ansicht des Gerichts hätten beispielsweise Gutachter zwar Belege für extreme Bleibelastungen in der Umgebung des Werks, aber in keinem Fall den Nachweis einer unmittelbaren Gesundheitsgefährdung erbringen können.

Der Berliner Anwalt Reiner Geulen, Rechtsvertreter der klagenden Bürger, verweist auf mehrere Entscheidungen westdeutscher Oberverwaltungsgerichte, die eine Betriebsstilllegung auch ohne den Nachweis einer Umweltgefährdung billigten, wenn die vorgeschriebene Genehmigung fehlte. Auch der führende Kommentator des Immissionsschutzgesetzes Gerhard Feldhaus sieht im illegalen Betrieb einer solchen Anlage „stets eine Quelle erheblicher Gefahren“.

Geulen fürchtet schon, im Land Berlin würden künftig Nachbarn erst dann die Stilllegung eines Betriebes erzwingen können, „wenn beispielsweise schon erhebliche Überhöhungen des Blutbleigehaltes bei Kindern eingetreten sind“.

Demonstrativ verließen „Sonnenschein“-Anrainer wie Mitstreiter einer Bürgerinitiative „Sonne statt Blei“ die Beschlußverkündung durch den Senatsvorsitzenden Professor Albrecht Grundei – die Antragsteller haben auch noch die Verfahrenskosten von rund 30 000 Mark zu zahlen. Trost mögen sie allenfalls darin sehen, daß trotz der Niederlage vor Gericht Schutzvorkehrungen in der Fabrik getroffen werden sollen.

Am Tag der Verhandlung hatte der Vertreter der Umweltbehörde ein Paket amtlicher Papiere aus der Aktentasche gezogen: 50 Einzelanordnungen an den Betrieb, alle mit ultimativem Inhalt.

Vom Einbau von „Hochleistungs-Gewebefiltern“ war da die Rede bis hin zum „Vernageln oder Verschweißen“ sämtlicher Fensteröffnungen in den Produktionsbereichen. Selbst die Werksdächer seien künftig „mit einem hochabscheidenden Industriestaubsauger zu reinigen und danach naß abzuwaschen“ – im Falle der Nichterfüllung drohen Zwangsgelder und Geldbuße von 15 000 bis 100 000 Mark.

Einige dieser Vorkehrungen waren dem Unternehmen 1979 auferlegt worden. Damals wurden sie ignoriert. Werden die Auflagen nun erfüllt, müßte sich die Umweltbelastung im Berliner Süden drastisch mindern. Für Berlins FDP-Umweltsenator Horst Vetter würde das auch politisch Luft schaffen, nicht nur die parlamentarische Opposition bemängelte bei ihm in der Vergangenheit laxen Umgang mit den „Sonnenschein“-Leuten.

Aus dem Obligo wäre Vetter dabei ebensowenig wie der christdemokratische Bundespostminister, der 25 Jahre lang, bis 1982, den „Sonnenschein“-Betrieb führte. Neben dem Verwaltungsgerichtsverfahren laufen gegen beide Politiker wie auch gegen weitere „Sonnenschein“-Verantwortliche strafrechtliche Ermittlungen wegen des Verdachts von Umweltstraftaten.

BERGEN-BELSEN

Schande genug

Der Name Anne Frank stößt dort, wo die Fünfzehnjährige umgekommen ist, auf „Zorn und Widerstand“ – Schwierigkeiten einer deutschen Kleinstadt, mit der Vergangenheit fertig zu werden.

Diese Stimme“, schrieb ein Biograph über das Tagebuch der Anne Frank, „überdauerte das Geschrei der Mörder.“

Doch dort, wo die Fünfzehnjährige umkam, in der Heidjergegend zwischen Aller und Hermann-Löns-Denkmal, halten sich die Leute fest die Ohren zu. „Die Mehrheit“, sagt ein FDP-Ratsherr im Heideort Bergen, „will nicht Tag für Tag mit dem Thema konfrontiert werden.“

„bedankte“, mit einem „Kainsmal grandmarkt“ zu werden. Denn daß es „Schande genug“ sei, den Namen der Stadt „auf ewig“ mit dem KZ belastet zu sehen, wie besagter FDP-Ratsherr grollte, bekamen sie schon öfter zu hören.

1961 hatten die Sozialdemokraten den Namen Anne Frank für eine Grundschule mit ins Gespräch gebracht. Die wurde dann aber auf den „verdienten Vertreter der deutschen Minderheit in Polen“ Eugen Naumann getauft. 1982 sollte eine Sonderschule nach dem von den Nazis verschleppten Mädchen benannt werden. Die CDU aber war für Hermann Löns. Man einigte sich auf „Käthe-Kollwitz-Schule“.

Ihren Versuch zur Benennung einer Straße, „um das Gedächtnis wachzuhalten“, unternahm die SPD-Fraktion am 8. Mai, kurz nach dem Reagan-Besuch am KZ-Mahnmal. Aber Bergen, so drückte es ein Schullektor aus, „will kein



SPD-Bürgerversammlung in Bergen: „Die Unverbesserlichen wollen bestimmen“

Dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Wilhelm Hohls ist klar, daß „die Unverbesserlichen das Geschehen in Bergen bestimmen möchten“. Er muß es wissen. Denn Hohls beantragte für seine Partei die Umbenennung der Belsener Straße in „Anne-Frank-Straße“ – zur Erinnerung an das jüdische Mädchen aus Amsterdam, das im März 1945 im benachbarten Konzentrationslager Bergen-Belsen an Typhus, Entkräftung und wohl auch an Trauer gestorben war.

Die Bürger von Bergen aber, ein überwiegend konservativer Schlag, über den Anne-Frank-Biograph Ernst Schnabel („Spur eines Kindes“) schon vor drei Jahrzehnten hörte, er werde da „auf eine Mauer“ stoßen, mauern auch heute noch. „Ich habe mich sogar fragen lassen müssen“, erzählt Bundesverdienstkreuz-Träger Hohls bitter, „ob es Anne Frank überhaupt gegeben hat.“

Überraschen konnte es die Sozialdemokraten nicht, daß etwa eine Leserbrieffschreiberin im „Bergener Stadt-Anzeiger“ sich „bestens“ bei ihnen

Symbol sein“. Man fühlte sich, so eine ältere Dame, sowieso „ohnmächtig“, als mit Kriegsjubiläum und Reagan-Besuch ihre Stadt wieder mal als Symbol für Nazi-Greuel „herhalten“ mußte – „ob wir das wollten, hat keiner gefragt“.

Einige schoben in einer nur mäßig besuchten öffentlichen Aussprache, zu der Hohls „alle Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt“ eingeladen hatte, erst einmal allerlei Ausreden vor. Ein paar Frauen beharrten darauf, daß „wir unsere Belsener Straße behalten wollen“, weil die seit Jahrhunderten so heiße. Ein anderer stänkerkte, warum sich die SPD nicht lieber um den „Iran kümmert“. Auch vom „gesunden Unbehagen“ gegen politische Straßen-Umbenennungen war in Bergen die Rede.

Deutlicher wurde schon das Anzeigenblatt „Bergener Stadt-Anzeiger“. Die Sozialdemokraten hätten es geschafft, schrieb der Verleger, ein CDU-Ratsherr, „Zorn und Widerstand“ unter die Bürger zu bringen. Schließlich seien die Einwohner der Stadt über das Maß

der Kollektivschuld hinaus „schwer belastet“ worden, sie hätten eine „überdimensionale Schuldzuweisung“ und Schlimmeres „über sich ergehen lassen müssen“.

„Unser Volk“, las sich das Echo auf eine „Bürgerbefragung“ im Stadt-Anzeiger, sei schon mit so viel „Lügen und Schmähungen überschüttet“ worden, daß sich jeder hüten solle, die „Sudelei“ zu vermehren. Wem der Name Anne Frank so viel bedeute, der möge damit sein Haus zieren, „aber bitte auf eigene Kosten“.

Auf Auslandsbesuchen, so erzählten Bergener Bürger, sei man als Mörder beschimpft worden. Die Engländer hätten aus Rache 1945 ja „beinahe“ den ganzen Ort abgebrannt. Nach der Befreiung der KZ-Häftlinge, unter denen es „sicher auch Kriminelle, vielleicht auch Feldpostmarder“ gegeben habe, sei Bergen evakuiert und zur „Plünderung freigegeben“ worden.

Schließlich druckte der Stadt-Anzeiger auch noch „historische Aufsätze“ nach Art des „völlig unbelasteten Juristen“ Ernst von Briesen, der von 1919 bis 1945 in Bergen als Amtsrichter wirkte. Dieser „Kronzeuge“ (Stadt-Anzeiger) hatte höchstpersönlich bei Lager-Besuchen „aus der Entlausungsanstalt (Brausebäder) Lachen und Juchen von Frauenstimmen“ gehört: Die Insassen „machten einen durchaus normalen Eindruck, weder gequält noch verängstigt“, und „die Kinder spielten“ – was Herrn von Briesen veranlaßte, die Wahrheit über das KZ als „Greuelpropaganda“ einzustufen.

Ein anderer Kronzeuge des Stadt-Anzeigers, der Hauptmann i. R. Werner Nadolski, nannte die als authentisch geltende Zahl von 50 000 Toten im KZ um etwa das Zehnfache zu hoch. Er selbst, so Nadolski, habe schließlich die „Abgangslisten“ des Lagerkommandanten gesehen. Offen sei nur, wie viele nach der Übernahme des Lagers durch die Engländer starben, „als diese für die Versorgung der Insassen verantwortlich waren“. Auf diese Weise hoffte der Hauptmann i. R., „den Teufelskreis der Lügen, in dem die westliche Welt ihre Seele verloren hat“, zu sprengen.

Da war sie, die Bergen-Belsen-Lüge.

Vergangene Woche schien der Stadtrat zu begreifen, daß nicht Anne Frank und das KZ, sondern deren kollektive Verunglimpfung zum Thema von Bergen geworden war. Alle Parteien einigten sich auf einen Kompromiß. Der Verwaltungsausschuß wurde beauftragt, „einen geeigneten Ort in Bergen zu finden, der als Stätte mahnenden Gedenkens den Namen Anne Frank tragen soll“.

Aber Bürgermeister Helmut Wegner (CDU) machte gleich wieder deutlich, mit wem er es hält: Die KZ-Insassen hätten Traumatisches erlebt, doch für viele Bürger sei auch die als „ungerechtfertigt empfundene Schuldzuweisung“ ein Trauma.

WEIN-SKANDAL

Unter der Decke

Die Liste der gepanschten österreichischen Weine wird länger. Deutsche Minister und Behörden haben die Verbraucher zu spät informiert.

Die Steuererklärung des Siegfried Tschida, eines Weinhändlers aus Pamhagen im Seewinkel, kam dem Referenten im Finanzamt Eisenstadt recht komisch vor. Der Weinhändler wollte einen seltsamen „Produktionsbehelf“ steuerlich absetzen – Diethylenglykol.

Der tüchtige österreichische Finanzbeamte informierte seinen Chef. Der Herr Hofrat griff sofort zum Telephon und alarmierte die Landwirtschaftlich-Che-

am Mittwoch vergangener Woche über eine „vorläufige Liste“ von 135 vergifteten Markennamen. „Und das müssen noch nicht alle sein“, sagte Chory. Einen Tag später waren es schon 192. Die Liste, die jeder Weintrinker in Bonn anfordern kann, wird täglich ergänzt.

Eilends rief Gesundheitsminister Heiner Geißler am Donnerstag vergangener Woche Vertreter der obersten Landesbehörden sowie der Wiener Regierung zu einer Krisensitzung zusammen. Alle beteuerten wortreich ihre Unschuld, dabei wollten die Bonner doch lediglich erkunden, wie Informationen künftig „noch schneller“ (Chory) weitergegeben werden könnten.

Da ist allerdings wohl wenig zu machen. Immer wieder schlüpfen Panscher, begünstigt von einer praxisfernen Bürokratie, durch die allzu laxen Kontrollen.



Labor-Prüfung von gepanschten Weinen: Die Kontrolleure sind überfordert

mische Bundesanstalt in Wien: giftiges Frostschutzmittel im Wein.

Das war im November 1984. Und dann passierte eine lange Zeit erst einmal gar nichts.

Inzwischen ist aus dem bösen Fall von Weinpanscherei ein Schauerstück über das Versagen der Behörden geworden. Schlampereien in den Amtsstuben von Bund und Ländern, in Österreich wie in Deutschland, verhinderten, daß die massenhaft exportierten Chemie-Weine sofort aus dem Verkehr gezogen und die Verbraucher frühzeitig gewarnt wurden.

Selbst heute, acht Monate danach, ist das ganze Ausmaß der Affäre kaum zu ermessen. Bisher wurden im Burgenland rund 2,5 Millionen Liter Wein beschlagnahmt, noch einmal 1,9 Millionen Liter in Niederösterreich. Gegen 38 mutmaßliche Panscher wird inzwischen ermittelt.

Werner Chory, Staatssekretär im Bonner Gesundheitsministerium, berichtete

Vor allem aber wirkt sich die Kumpanei von Politikern und Beamten mit den einflußreichen Vertretern der Weinindustrie oft unheilvoll für den Konsumenten aus.

Informationen werden „unter der Decke gehalten“, weiß Thomas Schliér von der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher, „weil die Rücksicht auf Erzeuger und Händler viel höher gestellt wird als der Respekt vor den Bürgern und den Verbraucherinteressen“. Damit werde „massenhafte Körperverletzung zum Kavaliärsdelikt“.

So begann offensichtlich auch der Weinpanscher-Skandal in Österreich. Die Behörden wußten bereits seit Monaten von dem Gift im Wein, bis endlich Landwirtschaftsminister Günter Haiden am 23. April öffentlich Alarm schlug.

Ihre Betulichkeit erklären die Wiener Beamten mit dem neuen Stoff. Weil Diethylenglykol im Wein bisher noch nicht vorgekommen war, sei der analytische Nachweis so schwer gewesen. Daß